

Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung

Gremium	Ausschuss für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit
Sitzungsdatum:	Mittwoch, den 07.04.2021
Sitzung Nummer:	9 (SFFGA/9/2021)
Sitzungsdauer:	16:30 - 19:08 Uhr
Sitzungsort:	Landratsamt Stendal, Hospitalstraße 1 - 2, Neubau, Sitzungssaal "Stendal"

Christel Güldenpfennig
Vorsitzende

Alessa Stobinski
Protokollführung

Anwesend:

Vorsitz

Frau Christel Güldenpfennig

Mitglieder

Herr Andreas Cosmar

Herr Björn Eckhard Dahlke

Frau Doreen Müller

Herr Kevin Schlamann

Stellvertreter

Herr Peter Ludwig

Vertretung für Frau Zacharias-Schulz

Frau Sandra Matzat

Vertretung für Herrn Ulrich Siegmund

sachkundige Einwohner

Herr Robert Krüger

Herr Reiko Lühe

Frau Karin Roelofsen

Frau Kerstin Schmidt

Protokollführer

Frau Alessa Stobinski

von der Verwaltung

Herr Patrick Puhlmann

Frau Christiane Rütten

Teilnehmer

Frau Anke Görtz

Vertreter Verein Pro Krankenhaus Havelberg

Herr Hennig von Katte von Lucke

Herr Bernd Poloski

Herr Holger Schulz

Vertreter Verein Pro Krankenhaus Havelberg

Abwesend:

Mitglieder

Herr Ulrich Siegmund

Frau Sandy Zacharias-Schulz

sachkundige Einwohner

Herr Gert Kahle

Frau Xenia Schüßler

Tagesordnung:

- 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung
 - 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit sowie der Beschlussfähigkeit
 - 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung
 - 4 Einwohnerfragestunde
 - 5 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 8. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit vom 03.03.2021
 - 6 Informationen zum Impfgeschehen im Landkreis Stendal
 - 7 Sachstand medizinische Grundversorgung am Standort Havelberg
 - 7.1 Aktuelle Informationen zum Sachstand medizinische Grundversorgung am Standort Havelberg
 - 7.2 Sicherstellung einer flächendeckenden medizinischen Grundversorgung am Standort Havelberg (Hierzu ist den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit ein Papier der Vorsitzenden übergeben worden.)
 - 8 Bericht zur Arbeit der Sucht- und Drogenberatungsstelle Stendal des Trägers Caritasverband für das Bistum Magdeburg e.V.
 - 9 Anfragen und Anregungen
-

Protokoll

zu TOP 1 Begrüßung und Eröffnung der Sitzung

Frau Güldenpfennig eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit und begrüßt alle Anwesenden.

zu TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Einberufung, der fehlenden Mitglieder des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit sowie der Beschlussfähigkeit

Frau Güldenpfennig stellt die ordnungsgemäße Einberufung und die Beschlussfähigkeit fest.

Es sind 6 stimmberechtigte Mitglieder anwesend.

Herr Siegmund wird durch Frau Matzat vertreten. Für Frau Zacharias-Schulz ist Herr Ludwig anwesend.

Es fehlen die sachkundigen Einwohner Herr Kahle und Frau Schübler.

zu TOP 3 Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung

Frau Güldenpfennig erläutert, dass Frau Görtz, Herr Schulz und Herr Poloski heute an der Sitzung teilnehmen. Herr Poloski ist Bürgermeister der Stadt Havelberg. Frau Görtz und Herr Schulz vertreten den Verein Pro Krankenhaus Havelberg. Sie bittet daher um das Rederecht für die o.g. Personen.

➔ **einstimmig beschlossen**

Es gibt keine weiteren Änderungen zur Tagesordnung, so dass nach diesem Verfahren wird.

zu TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen durch Einwohner gestellt.

zu TOP 5 Beschluss über den öffentlichen Teil der Niederschrift der 8. Sitzung des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit vom 03.03.2021

Da es keine Einwände gibt, wird der öffentliche Teil der Sitzung vom 03.03.2021 zur Abstimmung gestellt.

einstimmig beschlossen

Enthaltung 1

zu TOP 6 Informationen zum Impfgeschehen im Landkreis Stendal

Der Landrat informiert über das Impfgeschehen im Landkreis Stendal.

Geplant sei es, bis zum 26.04.2021 die dezentrale Impfung in jeder Einheits- und Verbandsgemeinde durchgeführt zu haben. Weiterhin werden im Impfzentrum täglich 150 Impftermine (Erst- und Zweitimpfung) wahrgenommen. Hervorzuheben ist gerade bei der dezentralen Impfung die gute Zusammenarbeit mit den Gemeinden! Durch die gestiegene Impfstofflieferung von Biontech mussten Impftermine mit AstraZeneca nicht abgesagt werden, sondern konnten umgewandelt werden.

Herr Cosmar merkt an, dass nun auch durch die Hausärzte geimpft werden kann. Ist der Landkreis in dieses Verfahren involviert? Sind die Ärzte ausreichend mit Impfstoff ausgestattet?

Der Landrat antwortet, dass bei den Ärzten bereits große Nachfrage herrscht. Der Landkreis ist in keiner Art und Weise in die Impfstoffverteilung involviert, da die Ärzte den Impfstoff von den Apotheken erhalten. Man kann aber bereits sagen, dass die Ärzte gut aufgestellt und ausgestattet sind, sowohl mit Impfstoff als auch mit Personal. Der Landkreis versucht dort, wo es möglich ist, zu unterstützen. Es gibt definitiv keine Konkurrenz zwischen den Ärzten und dem Impfzentrum des Landkreises.

Der Landrat informiert zur aktuellen Corona-Lage im Landkreis Stendal.

Das Bildungsministerium hat bereits angekündigt, dass die Schulen wieder geschlossen werden müssen, sobald die 7-Tage-Inzidenz über 200 liegt. Das Gesundheitsamt vertritt die Meinung, dass die Schulen keine großen Überträger sind, da die Schüler dort regelmäßig getestet werden. Für das Bildungsministerium sind die Zahlen der nächsten zwei Tage entscheidend. Wichtig ist allerdings, dass die Abschlussprüfungen stattfinden werden. Die Abschlussjahrgänge bleiben wie gewohnt im Präsenzunterricht.

Frau Güldenpennig erläutert, dass es in den Schulen Pflicht ist, zweimal pro Woche Selbsttests durchzuführen. Das Problem besteht allerdings darin, dass die notwendigen Materialien vom Land noch immer nicht geliefert wurden.

Der Landrat entgegnet, dass die angekündigten Lieferungen des Landes bisher nie den Umfang abgedeckt haben, welcher angemeldet wurde.

Herr von Katte von Lucke fragt, ob es bereits eine Testpflicht in Unternehmen gibt.

Der Landrat erklärt, dass nach derzeitigem Stand keine Testpflicht besteht. Sollte dieser Fall allerdings eintreten, so wäre die Kreisverwaltung bereits vorbereitet.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

zu TOP 7 Sachstand medizinische Grundversorgung am Standort Havelberg

zu TOP 7.1 Aktuelle Informationen zum Sachstand medizinische Grundversorgung am Standort Havelberg

Frau Güldenpfennig bittet um eine sachliche Diskussion, da sich die Situation langfristig ändern muss.

Der Landrat führt in das Thema ein.

Der Antrag auf Nebenbetriebsstätte wurde durch das Ministerium jetzt abgelehnt. Die Ablehnung sollte gut begründet sein, da der Antrag sehr wichtig für die Region war. Allerdings wurde die Ablehnung nur knapp erläutert. Nähere Ausführungen dazu sollen am Freitagstermin gegeben werden.

Dieses Gespräch wird schriftlich zusammengefasst und an Kreistagsmitglieder weitergegeben.

In der Sitzung des Sozialausschusses des Landes wurde dem Landrat das Rederecht erteilt. Eine Nebenbetriebsstätte sieht das Krankenhausgesetz nicht vor. Zudem benötigt eine Geriatrie viele Mediziner verschiedener Fachrichtungen. Wie diese Schwierigkeiten überwunden werden sollen, wurde nicht im Konzept dargelegt. Aus diesem Grund soll die Ablehnung des Antrages zustande gekommen sein.

Nun stellt sich die Frage, was überhaupt umsetzbar ist:

Eine Portalklinik ist wichtig, um im ländlichen Raum die medizinische Grundversorgung aufzubauen. Eine Portalklinik und ein Gesundheitszentrum sind auch in ambulanter Form möglich.

In der Sitzung des Sozialausschusses wurde noch einmal deutlich gemacht, dass eine ärztliche Anlaufstelle benötigt wird. Dies gilt als Minimum und sollte weiterhin gefordert werden. Dafür lohnt es sich zu kämpfen. Wichtig ist, dass ein Gesundheitszentrum bald betrieben wird. Kooperationen können daher nicht umgangen werden. Das Ministerium möchte, dass verschiedene Kooperationspartner und die Kassenärztliche Vereinigung noch einmal angesprochen werden, wie eine 24-Stunden-Versorgung sichergestellt werden kann.

Herr von Katte von Lucke bittet um eine wörtliche Aufnahme im Protokoll:

Die Johanniter haben meiner Kenntnis nach aus der Zeitung davon erfahren, dass der Antrag auf Nebenbetriebsstätte abgelehnt wurde, ohne eine stichhaltige Begründung. Ein rechtsmittelfähiger Bescheid, der eigentlich üblich ist, erging nicht. Es liegen auch keine Nachfragen auf den Antrag des der Johanniter seitens des Ministeriums vor. Kann es auch gar nicht, weil bis dahin negiert wurde, dass überhaupt ein Antrag vorliegt. Dies wurde auch im Sozialausschuss am 03.03.2021 noch einmal mitgeteilt. Bei der Redundanz dieses Themas finde ich es erstaunlich, wie mit den Menschen umgegangen wird.

Man zieht sich auch immer dahinter zurück, die Krankenkassen wollen das nicht. Dazu muss man wissen, dass eine Verlagerung von Betten stattfindet. Wir haben eine ähnliche Situation im Grunde mit dem Krankenhaus in Genthin gehabt. In Genthin wurde eine Portalklinik betrieben. Das war eine Außenstelle. Heute sagt die Ministerin, es ist zu weit weg. Vor 5 Jahren war es das noch nicht. Ich glaube, wir lassen uns etwas an der Nase herumführen. Es ist auch nicht gesagt worden, warum eine Solidärgeriatrie nicht gehen soll. Man sagt nur, es sei nicht möglich. Ich finde es immer schwierig, wenn der Fachmann durch den Theoretiker überstimmt wird. Den Johannitern mit einem Krankenhaus mit 400 Betten wird durch die Kassenärztliche Vereinigung und dem Ministerium das Gefühl gegeben, dass sie es besser wissen. Wir müssen eine stichhaltige Begründung haben. Das Konzept der Johanniter liegt vor, aber es gibt keine angreifbare Äußerung des Ministeriums. Auch am 29.03. wurde immer nur an der Oberfläche argumentiert. Das geht nicht und damit muss Schluss sein. Es wird sich gar nicht mit dem Thema auseinandergesetzt, warum es eigentlich nicht gehen soll. Warum hat man nicht die Johanniter gefragt, wie stellt ihr das sicher? Es ist gerade das Thema der Telemedizin, wie die angesprochenen Probleme überbrückt werden können. Zudem wurden die Johanniter nicht zu dem Termin in Magdeburg eingeladen, obwohl die Salus eingeladen wurde. Man kann darüber denken, was man will und ich finde, es widerspricht sich alles maßlos. Und wenn das Ministerium ein tolles Konzept hat, dann frage ich mich, warum dieses Konzept nicht vorgelegt wird. Wenn ich die Salus richtig verstanden habe, haben die ein riesiges Problem damit, Ärzte nach Havelberg zu holen. Zum MVZ habe ich auf der Internetseite nachgelesen. Dort steht, dass es eine Ärztin gibt, die halbtags vor Ort ist. Das ist glaube ich nicht die ärztliche Versorgung, die wir uns wünschen. Ich frage mich auch, wie man eine Rund-um-die-Uhr-Ärzteversorgung darstellen will, wenn man gar keine Ärzte hat. Wir

werden im Grunde für blöd verkauft und müssen dem entgegenwirken und zeigen, dass man so nicht mit uns umgehen kann.

Zum Schluss einen Punkt, den wir immer außer Acht lassen – der Rettungsdienst. Das Rettungsdienstkonzept für den Landkreis Stendal ist darauf abgestellt, dass das Krankenhaus in Havelberg noch existiert. Wenn heute die Fahrzeuge jetzt aber von Havelberg nach Kyritz fahren, sind sie eine Stunde unterwegs, sodass die Hilfsfrist eventuell nicht mehr eingehalten werden kann. Dies ist ein Argument für den Hubschrauber. Dies ist sicherlich Zukunft. Aber wir müssen für die Zukunft planen und nicht in der Vergangenheit graben.

Herr Holger Schulz fragt, ob dem Landkreis bekannt ist, dass das Ministerium ein geeignetes Konzept für Havelberg hat.

Der Landrat antwortet, dass er keine Kenntnis über ein solches Konzept hat. Eventuell gibt es an dem Vor-Ort-Termin am Freitag nähere Informationen dazu. Die Anwesenheit von der Salus g GmbH bei dem Sozialausschuss des Landes ist nicht bekannt, lässt sich aber nachprüfen. Nun zum Thema Rettungsdienst. Der Einsatz eines Mehrzweckfahrzeuges ist geplant. Nach jetzigem Stand ist nicht zu erkennen, dass Hilfsfristen nicht gehalten werden können. Es gibt natürlich auch offene Fragen, die nach einer Genehmigung nicht geklärt wären (Investitionskosten usw.). Diese Fragen sind bisher unter den Tisch gefallen.

Herr von Katte von Lucke bittet um wörtliche Aufnahme im Protokoll:

Vielleicht noch einmal kurz zur Stiftungsprofessur. Diese ist unabhängig von Havelberg. Herr Dr. Krössin sagte, es wird sodann in Havelberg auch die Möglichkeit der Ausbildung der Ärzte stattfinden und der Klebeeffekt in Havelberg stattfinden. Und das ist die entscheidende Aussage, dass wir vielleicht die Möglichkeit haben Ärzte in dieser Region zu halten. Diese Gewinnung kann man materiell gar nicht aufwiegen.

Frau Güldenpfennig merkt an, dass Herr Dr. Krössin damals betont hat, dass Grundstücke gesucht werden müssen. Wenn das Krankenhaus in Havelberg geschlossen wird, besteht die Möglichkeit nicht, dieses Gebäude wieder als Krankenhaus zu nutzen. Herr Dr. Krössin hat auch immer gesagt, dass das Krankenhausförderungsgesetz bestimmte Mittel vorhält. Und an diese Mittel müssen wir ran. In München, Nordrhein-Westfalen und Berlin gibt es Protalkliniken. Warum Sachsen-Anhalt nicht unter dem Bundesgesetz liegt, habe ich bis heute nicht verstanden. Deswegen ist es auch so wichtig, dass ein rechtsmittelfähiger Bescheid ergeht, der bis jetzt noch nicht vorliegt, dass man im Zweifelsfall darauf reagieren kann.

Der Landrat erklärt, dass die prinzipiell noch möglich wäre, dass nicht das gesamte Gebäude als Altenheim genutzt wird. Trotzdem würde man im Notfall auch ein anderes Grundstück finden.

Frau Matzat merkt an, dass im Krankenhausplan noch immer der Standort Havelberg mit 37 Betten aufgelistet ist.

Der Landrat verneint dies. Dies hat auf die Genehmigungsfähigkeit aber auch keine Auswirkung.

Frau Güldenpfennig stellt fest, dass eine tiefgreifende Erklärung der Ablehnung ganz deutlich fehlt. Direkte Fragen müssen am Freitag gestellt werden.

Herr Holger Schulz fügt hinzu, dass mit der letzten Investition festgelegt wurde, dass das Krankenhaus nicht mehr als Krankenhaus zu nutzen ist, sondern nur als Altenpflegeheim.

Der Landrat ergänzt, dass der Landtag den Haushalt beschließen muss. Danach entscheidet sich, wie viel Geld zur Verfügung steht.

Frau Güldenpfennig stellt fest, dass Forderungen gestellt werden müssen. Am Freitag sollte ein Standpunkt eingefordert werden und offene Fragen für den Kreistag beantwortet werden.

Es wird darum gebeten, das Protokoll der Sitzung des Sozialausschusses des Landes zu übermitteln.

7.2 **berg**
(Hierzu ist den Mitgliedern des Ausschusses für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit ein Papier der Vorsitzenden übergeben worden.)

Landrat stellt die Vorlage der Verwaltung vor.

Herr Cosmar merkt an, dass die Ausarbeitung von Frau Güldenpennig viel konkreter ist. Aus dem Grund regt er an, diese in die Vorlage zu übernehmen.

Der Landrat erwidert, dass dort Sachverhalte aufgelistet sind, die nicht in die Vorlage passen.

Herr Ludwig empfindet die Vorlage der Verwaltung für ausreichend und spricht sich daher für die Umsetzung dieser aus.

Herr von Katte von Lucke stellt ebenfalls fest, dass die Begründung der Vorlage nicht ausreichend ist. Gerade in diesem Augenblick ist ein massives Auftreten wichtig. Deshalb spricht er sich für den Antrag der CDU-Fraktion aus.

Frau D. Müller stimmt dieser Aussage zu. Man sollte es vermeiden, zu wenig einzufordern.

Herr Poloski ergänzt, dass eine weitgehende Lösung angestrebt werden sollte. Man will mehr als das klassische MVZ. Wichtig ist es eine realistische Lösung zu finden, die eine Grundversorgung sicherstellt.

Herr Holger Schulz bittet darum, keine Notlösung ins Auge fassen. Die Kosten sollten vorerst keine Rolle spielen.

Die Ausschussmitglieder regen Änderungen an.

Der Landrat wird die Vorlage der Verwaltung überarbeiten und diese in den nächsten Tagen zur Verfügung stellen.

Es gibt keine weiteren Anmerkungen.

zu TOP 8 Bericht zur Arbeit der Sucht- und Drogenberatungsstelle Stendal des Trägers Caritasverband für das Bistum Magdeburg e.V.

Frau Jäger führt in die Thematik ein und übergibt das Wort an Frau Kittner. Diese stellt eine Präsentation vor, welche auch unter Tagesordnungspunkt 8 des Informationsportals des Landkreises Stendal eingestellt ist.

Herr Cosmar fragt, wie viele Menschen durch diese Beratung erreicht werden können.

Frau Kittner erklärt, dass die meisten Klienten freiwillig kommen, andere werden durch Justizbehörden geschickt. Die Klientenzahlen schwanken zwischen 300 und 400 Kontakten, und diese sind weiterhin ansteigend.

Frau Müller möchte wissen, ob auch Jugendliche alleine zu Gesprächen kommen.

Frau Kittner antwortet, dass man für Gespräche immer offen ist. Meist wird dort die Beratung nicht alleine wahrgenommen, sondern die Jugendlichen werden durch einen Erziehungsberechtigten begleitet. Man muss auch dazu sagen, dass Jugendliche nicht der Hauptteil der Klienten ist.

Frau Müller hinterfragt, ob zu erkennen ist, dass auch die Gamingsucht bei den Jugendlichen ansteigt.

Frau Kittner bejaht dies. Die Eltern suchen dann auch Beratung und Hilfe bei uns.

Frau Roelofson fragt, ob auch Besuche in den Schulen angeboten werden.

Frau Kittner erklärt, dass dies durch Corona momentan nicht möglich ist. Für die Präventivarbeit wäre dies allerdings sehr wichtig, weshalb das Thema stärker in den Fokus genommen wird.

Frau Roelofson möchte zudem wissen, ob es eine Altersgrenze bei der Beratung gibt.

Frau Kittner erklärt, dass ein 11-jähriger bisher der jüngste Klient war.

Herr Cosmar hinterfragt, ob es Feedback gibt, damit ermittelt werden kann, wie vielen Menschen geholfen wurde.

Frau Kittner antwortet, dass die Rückfallquote leider relativ hoch ist.

Frau Güldenpennig fragt, wie die Hilfesuchenden den Kontakt herstellen können.

Frau Kittner antwortet, dass dies sowohl telefonisch als auch über das Online-Beratungsportal möglich ist.

Es werden keine weiteren Fragen gestellt.

zu TOP 9 Anfragen und Anregungen

Da es keine Anfragen gibt, wird der öffentliche Teil der Sitzung beendet.